

Pressemitteilung

Deutsche Gesellschaft für Psychologie (DGPs)

Dr. Anne Klostermann

24.03.2025

<http://idw-online.de/de/news849492>

Wissenschaftspolitik
Psychologie
überregional



Psychologische Expertise für zukunftsfähige Politik: Empfehlungen von DGPs und FTPs an die zukünftige Bundesregierung

Die Deutsche Gesellschaft für Psychologie (DGPs) und der Fakultätentag Psychologie (FTPs) sprechen sich für eine stärkere Einbindung psychologischer Expertise in politische Entscheidungsprozesse aus. In Schreiben an die Arbeitsgruppen der Koalitionsverhandlungen von CDU und SPD benennen sie sieben zentrale Handlungsfelder – und geben evidenzbasierte Empfehlungen für eine zukunftsfähige Politikgestaltung.

- 1. Integration gezielt fördern und gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken**
Gezielte Maßnahmen zur Integration von Migrantinnen und Migranten reduzieren gesellschaftliche Spannungen und stärken die soziale Teilhabe. Psychologische Forschung zeigt, dass interkulturelle Verständigung und Konfliktlösung zu einem stabileren demokratischen Miteinander führen. Die Bundesregierung sollte daher evidenzbasierte Strategien zur Förderung gesellschaftlicher Teilhabe und Konfliktbewältigung umsetzen.
- 2. Psychische Gesundheit als gesamtgesellschaftliche Aufgabe verankern**
Psychische Erkrankungen belasten zunehmend das Gesundheitssystem, die Arbeitswelt und das Bildungssystem. Die DGPs und der FTPs empfehlen eine nationale Strategie für psychische Gesundheit mit Fokus auf Prävention, Frühintervention und bessere Versorgung – insbesondere durch den Ausbau der Schulpsychologie, niedrigschwelliger Hilfen sowie eine bedarfsgerechte psychotherapeutische Versorgung. Dafür braucht es eine gesicherte Finanzierung der Weiterbildung und eine differenzierte Bedarfsplanung für Psychotherapeuten und Psychotherapeutinnen – insbesondere für Kinder, Jugendliche und ländliche Regionen.
- 3. Verbraucherschutz durch gesetzlichen Titelschutz des Berufs „Psychologe/Psychologin“**
Psychologische Dienstleistungen beeinflussen wichtige Entscheidungen in Bildung, Gesundheit und Justiz. Die DGPs und der FTPs plädieren für einen gesetzlichen Titelschutz Berufs „Psychologe/Psychologin“, um Verbraucherinnen und Verbraucher vor unseriösen Angeboten zu schützen und die Qualität psychologischer Dienstleistungen sicherzustellen.
- 4. Sicherheit und Gesundheit in der Arbeitswelt stärken**
Psychische Belastungen bei der Arbeit sind ein zentraler Faktor für krankheitsbedingte Fehlzeiten und Frühverrentungen. Psychische Gefährdungen bei der Arbeit zu diagnostizieren und zu vermeiden ist Kern der Arbeits- und Organisationspsychologie. Die DGPs und der FTPs appellieren an die Regierung, das Arbeitssicherheitsgesetz zu reformieren, damit Arbeitgeber Psychologinnen und Psychologen mit dieser Kompetenz bestellen können. Zudem sollte psychologische Expertise in sozialrechtliche Gutachten einfließen.
- 5. Kinderrechte stärken und politische Partizipation fördern**
Kinderrechte sollten im Grundgesetz verankert und die politische Teilhabe junger Menschen systematisch gefördert werden. Die DGPs und der FTPs empfehlen zudem den Ausbau präventiver Angebote zur Förderung psychischer Gesundheit in Schulen, Kitas und Ausbildungsbetrieben – sowie eine bessere Verzahnung von Jugendhilfe, Bildung und

Gesundheitswesen.

6. Zukunft der Forschung sichern und Bildung stärken

Eine Reform des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes ist notwendig, um wissenschaftliche Karrierewege planbar zu gestalten und um die Zukunft der Forschung in Deutschland zu sichern. Um emotionale und soziale Kompetenzen von Schülerinnen und Schülern zu stärken, sollte Psychologie an den Schulen und in der Lehrerbildung ausgebaut werden. Psychologinnen und Psychologen sollten in multiprofessionelle Teams frühzeitig bei Problemen an Schulen eingreifen können.

7. Psychologische Expertise für wirksamen Klimaschutz nutzen

Verhaltensänderungen sind zentral für erfolgreichen Klimaschutz. Psychologische Forschung zeigt, wie soziale Normen, Anreize und Kommunikationsstrategien nachhaltiges Handeln fördern. Die DGPs und der FTPs plädieren dafür, psychologische Expertise frühzeitig in Klimapolitik und kommunale Planung einzubinden, um gesellschaftliche Akzeptanz, Wirksamkeit und Engagement zu stärken.

„Psychologische Forschung liefert wertvolle Erkenntnisse, die helfen können, gesellschaftliche Herausforderungen besser zu bewältigen und politische Maßnahmen wirksamer und nachhaltiger zu gestalten“, sagt DGPs-Präsidentin Prof. Dr. Eva-Lotta Brakemeier. „Gerade in Zeiten multipler Krisen übernehmen wir Verantwortung und bieten der zukünftigen Bundesregierung unsere wissenschaftliche Expertise an – für eine Politik, die auf Menschen wirkt, Resilienz stärkt und Zukunft gestaltet.“

Weiterführende Informationen

Die Positionspapiere zu den Forderungen von DGPs und FTPs können hier abgerufen werden:

<https://www.dgps.de/schwerpunkte/stellungnahmen-und-empfehlungen/positionen-zu-psychologie-und-politik/>

Kontakt bei Rückfragen:

Prof. Dr. Eva-Lotta Brakemeier
Präsidentin der Deutschen Gesellschaft für Psychologie
Lehrstuhl für Klinische Psychologie und Psychotherapie (KLIPs)
Universität Greifswald
E-Mail: praesidentin@dgps.de

Prof. Dr. Conny H. Antoni
Vorsitzender des Fakultätentages Psychologie
Seniorforschungsprofessur Arbeits-, Betriebs- und Organisationspsychologie
Universität Trier
E-Mail: antoni@uni-trier.de

Pressekontakt:

Dr. Anne Klostermann
Pressestelle DGPs
Tel.: 030 28047718
E-Mail: pressestelle@dgps.de

Über die DGPs:

Die Deutsche Gesellschaft für Psychologie (DGPs e.V.) ist eine Vereinigung der in Forschung und Lehre tätigen Psychologinnen und Psychologen. Die über 5800 Mitglieder erforschen das Erleben und Verhalten des Menschen. Sie publizieren, lehren und beziehen Stellung in der Welt der Universitäten, in der Forschung, der Politik und im Alltag. Die Pressestelle der DGPs informiert die Öffentlichkeit über Beiträge der Psychologie zu gesellschaftlich relevanten Themen. Darüber hinaus stellt die DGPs Journalistinnen und Journalisten eine Expertendatenbank für Fachauskünfte zu einer großen Bandbreite an Fragestellungen bereit. Wollen Sie mehr über uns erfahren? Besuchen Sie die DGPs im Internet: www.dgps.de

Der Fakultätentag Psychologie:

Der Fakultätentag Psychologie ist die hochschulpolitische Vertretung der wissenschaftlichen Psychologie an den deutschen Universitäten. Der Fakultätentag ist Ansprechpartner bei Gesprächen auf politischer Ebene, um die Interessen der psychologischen Institute deutscher Universitäten gebündelt zu vertreten. Er soll außerdem der Kommunikation zwischen den Instituten dienen, wenn es um die Diskussion und Abstimmung von Fragen z.B. der Organisation von Studium und Lehre, der Inhalte von Studiengängen oder der Schwerpunktsetzungen geht. <http://www.fakultaetentag-psychologie.de/>